



Marc Henrichmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Mitglieder der CDU
im Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II
im Email-Verteiler

Berliner Büro

**Unter den Linden 71
Raum 337**

Telefon 030 227 – 79385

Fax 030 227 – 70385

E-Mail: marc.henrichmann@bundestag.de

03. Juli 2020

Europa stärken, die Wirtschaft pushen und die Fleischindustrie regulieren

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

mit einer arbeitsreichen Sitzungswoche verabschiedet sich der Deutsche Bundestag in die parlamentarische Sommerpause. Von Ferien kann allerdings keine Rede sein, viele Termine im Wahlkreis stehen auf der Tagesordnung. Ich freue mich auf die Begegnungen und Gespräche.

Zurück zum Berliner Politikbetrieb: Am 1. Juli hat Deutschland die **EU-Ratspräsidentschaft** unter dem Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ übernommen. Die Liste der Aufgaben und Themen, die die Bundesregierung beackern wird, ist lang: Brexit, fairer Wettbewerb mit China und den USA, eine bessere Koordinierung der Sicherheitspolitik, Schutz der EU-Außengrenzen und eine faire Verteilung von Asylbewerbern sowie Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Über allem steht die Bewältigung der Folgen der Corona-Krise. Als Abgeordneter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstütze ich die Bundesregierung nach Kräften bei diesen wichtigen Zukunftsaufgaben. Weitere Informationen zur deutschen Ratspräsidentschaft enthalten ein [Faktenblatt](#) und ein [Flyer](#) unserer Fraktion.

Die **Folgen der Corona-Krise** spielten auch in dieser Parlamentswoche eine zentrale Rolle. [Der Bundestag hat weitere Hilfen für Familien und Unternehmen beschlossen](#): Die Mehrwertsteuer wurde gesenkt, Familien erhalten einen Bonus von 300 Euro pro Kind und Unternehmen werden Überbrückungshilfen gewährt. Von den Hilfspaketen geht die klare Botschaft aus: „Wir nehmen viel Geld in die Hand, um Familien, Unternehmen und Arbeitnehmern zu helfen, damit die Wirtschaft schnell wieder anspringt“.



Gut Ding will Weile haben – dieses Sprichwort gilt leider nicht für die **Grundrente**. Zähneknirschend habe ich dem Gesetzentwurf zugestimmt.

Ich freue mich, dass wir nach zwölf Jahren Beratung den gordischen Knoten durchgeschlagen haben: Wir gewähren Arbeitnehmern, die lange gearbeitet haben und trotzdem nur eine geringe Rente beziehen, einen Zuschuss in der Rente. Viele der 1,3 Millionen Betroffenen, die davon profitieren, sind Frauen.

Gleichzeitig habe ich für die Kritik an dem Gesetz Verständnis: Zu bürokratisch, nicht zielgenau und nicht solide finanziert sei die Grundrente, heißt es. Ich bedaure es, dass mit unserem Koalitionspartner keine Lösung in der Grundsicherung möglich war. Das Konzept der Union zur Vermeidung von Altersarmut wäre der bessere Weg gewesen. Der Koalitionsvertrag ließ uns aber wenig Spielraum. Weitere [Informationen zur Grundrente](#) können Sie dem Newsletter der NRW-Landesgruppe entnehmen.

Gute Nachrichten für die vielen Pendler bei uns in der Region. Für den von der Deutschen Bahn vorgesehenen „**Deutschlandtakt**“ ist ein zweigleisiger Ausbau der Schienenverbindung von Münster bis nach Werne erforderlich. Dies ist das Ergebnis einer Untersuchung zum [Deutschlandtakt](#) und entspricht einem Ausbau von knapp 30 Kilometern. Gemeinsam mit meinen Kollegen aus dem Münsterland, aber auch mit meinem Vorgänger Karl Schiewerling, haben wir für den Ausbau der Strecke dicke Bretter gebohrt.

Zuletzt sorgte unsere Region vor allem durch den Fleischskandal bei **Westfleisch** bundesweit für Schlagzeilen. Nach dem Corona-Ausbruch bei **Tönnies** sollte dem Letzten in dieser Republik klar geworden sein, dass sich die Arbeitsbedingungen in den Schlachtbetrieben und die Unterbringung der ausländischen Arbeitskräfte verbessern müssen. Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf für den Sommer angekündigt. In dieser Woche hat der Bundestag die Causa Tönnies debattiert. [Dabei hat der nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister den Nagel auf den Kopf getroffen](#). Vor der Debatte habe ich mit Karl Josef Laumann und unserem Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus über die Regulierung in der Fleischindustrie geredet. Wir drei waren uns schnell einig: Unsere Geduld ist vorbei.

Eines direkt vorweg: Die Debatte um ein **neues Wahlrecht** ist kein Ruhmesblatt für die deutsche Politik. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion müssen wir uns dabei auch an die eigene Nase fassen. Nach einer langen und intensiven internen Diskussion ist es uns allerdings jetzt gelungen, uns auf einen Kompromissvorschlag zu einigen. Dieser wird in den kommenden Tagen mit der SPD beraten. Dass der Fraktionsvorsitzende der SPD den Vorschlag der Union öffentlich im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ verrissen hat, ist kein guter Stil.

Ich hoffe sehr, dass wir uns im Deutschen Bundestag noch auf eine Reform des Wahlrechts verständigen können. Die Vorschläge der Opposition gehen einseitig zu



Marc Henrichmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Seite 3 von 3 Seiten des Schreibens vom 03.07.20

Lasten der Wahlkreise und ihrer Einwohner. Das ist aus wahltaktischen Gründen verständlich, löst aber nicht das Problem des aufgeblähten Bundestages. Ich stehe für Bürgernähe, für eine direkte Rückbindung der Wähler an einen Abgeordneten und damit für das Konzept des „Wahlkreisabgeordneten“. [Im Bundestag habe ich bei meinem Redebeitrag zur Wahlrechtsreform meinen Standpunkt ausführlich dargelegt.](#)

Nach diesem Parforceritt durch eine arbeitsreiche Parlamentswoche bleibt mir nur noch, Ihnen und Ihrer Familie schöne Sommerferien zu wünschen – wohlweislich, dass in diesem Jahr vieles anders sein wird. Trotz Sommerpause bin ich für Ihre politischen Anliegen ansprechbar. Das gilt auch für die Themen, die ich in dieser Ausgabe der „BerlInfos“ angerissen habe. Sie erreichen mich unter marc.henrichmann@bundestag.de.

Viele Grüße

Ihr Marc Henrichmann